

# Der Revolte assistiert

## Die Entwicklung rund ums Otto-Suhr-Institut 1966/67

Michael Hewener (2018)

<sup>1</sup> Zum komplizierten Prozess des Zusammenwachsens, siehe Hubertus Buchstein/ Gerhard Göhler: Die ersten fünfzehn Jahre – Von der „Deutschen Hochschule für Politik“ zum „Otto-Suhr-Institut“, in: Leviathan, 1989, H. 1, S. 127–139.

<sup>2</sup> Neumann war vor den Nazis in die USA geflohen, arbeitete dort zusammen mit Horkheimer und Adorno am ebenfalls emigrierten Institut für Sozialforschung, landete dann aber beim amerikanischen Auslandsgeheimdienst OSS und kam so (und über seine guten Kontakte zu amerikanischen Stiftungen) in die Position, wirkmächtig bei der Organisation der neuen Bildungsarchitektur in West-Berlin einzugreifen. Zu Neumanns Rolle vgl. David Bebnowski: Grundlagen der neuen Linken. Franz L. Neumann und amerikanisch-deutsche Netzwerke in West-Berlin, in Arbeit – Bewegung – Geschichte, Berlin 2018 II, S. 23–38.

### Politikwissenschaft im Westen – das OSI

Wer im Jahre 2018 am Otto-Suhr-Institut studiert, mag verwundert zur Kenntnis nehmen, dass das OSI einst als rote Kaderschmiede galt.

Doch wie kam es dazu?

Es wird sich zeigen, dass in den „wilden“ 60ern am OSI, die Studierenden zu Beginn ziemlich brav waren und die Assistenten die Diskussionen mit den Professoren anzettelten: Diskussionen, die am OSI besonders waren, denn im Gegensatz zu anderen Universitäten, wo die Revolte tatsächlich den Muff von 1000 Jahren wegschleppen musste – sprich: Die wieder in Amt und Würden gekommenen Nazi-Professoren bekämpfte – standen die Profs am OSI mehrheitlich der SPD nahe. Es waren also Diskussionen der theoretisch fundierten Außerparlamentarischen Opposition mit Vertretern der jüngst in die Regierung gespülten Nach-Godesberger SPD. Diese Auseinandersetzungen fanden, das ist eine Besonderheit der Politikwissenschaft, durchaus auf dem Gebiet der politischen Theorie statt. Studirevolte und Fachgeschichte fielen hier zusammen.

Aber von Anfang an.

Vom Ruf einer „roten Kaderschmiede“, den das Otto-Suhr-Institut ab den späten 1960er Jahren haben sollte, war 1962 noch nicht viel zu hören. Das Institut war erst 1959 entstanden, im Verlauf der Integration der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) in die Freie Universität Berlin (FU).<sup>1</sup> Die Voraussetzungen, sich zu einem Ort emanzipativer Theoriebildung zu entwickeln, waren hier vergleichsweise gut. Die DHfP

war 1948 unter dem späteren SPD-Bürgermeister Otto Suhr wiedergegründet worden. Dort lehrten anfangs mehrheitlich Sozialdemokraten, aber auch andere Gegner des Nationalsozialismus, die während der NS-Zeit Deutschland nicht verlassen hatten. Später kamen die jüdischen Remigranten Ernst Fraenkel und Ossip K. Flechtheim hinzu. Die FU war, als Gegengründung zur im sowjetischen Einflussbereich liegenden alten Berliner Universität (seit 1949 Humboldt-Universität), zwar von einem antikommunistischen Grundrauschen begleitet, besaß als Neugründung und Reformuniversität aber den Vorteil, sich nicht allzu viel mit alten Nazi-Professoren herumschlagen zu müssen. Ihr Gründungspersonal konnte ihr zudem im Neuanfang demokratischere Strukturen mit mehr studentischer Mitbestimmung geben, als es an den ohne institutionellen Bruch wieder eröffneten Ordinariuniversitäten in anderen westdeutschen Städten möglich war – eine Besonderheit, die als „Berliner Modell“ bekannt wurde. Eine antikapitalistische Suchbewegung, die nicht nur auf Reeducation setzte, sondern die für den Faschismus mitverantwortlich gemachte Wirtschaftsstruktur angreifen wollte, wie sie vom wichtigen Strippenzieher Franz L. Neumann<sup>2</sup> sowohl von der Neugründung der FU als auch des OSI akademisch und politisch erhofft wurde, fand jedoch nicht auf breiter Basis statt. Mario Kessler fasst die tatsächliche Entwicklung zusammen: „Neumanns damals scharfer Antikapitalismus fand bei Kollegen wie Otto Suhr oder Ernst Fraenkel keinen ungeteilten Beifall, so sehr die Suche nach einer theoretischen Fundierung von Demo-

kratie sie gemeinsam beschäftigte. Gerade Fraenkel stand der Suche seines Freundes Neumann nach einem Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus zunehmend skeptisch gegenüber. Er vertrat das Konzept einer Übernahme nicht nur der Institutionen, sondern auch der Werte der amerikanischen bürgerlichen Demokratie.<sup>43</sup> Der politikwissenschaftliche Neuanfang stand also bald im Zeichen der Reeducation, nicht des Marxismus. Ohne Umbau an der ökonomischen Basis sollte den Deutschen durch Bildungsarbeit der Faschismus ausgetrieben werden und eine stabile Demokratie westlichen Typs installiert werden. Es ging dabei darum, den in der großen Mehrheit traditionell antidemokratisch eingestellten Deutschen diese Demokratie anzupreisen und nicht auf ihre Defizite hinzuweisen.<sup>4</sup> Johannes Agnoli würdigte diese Form der Politikwissenschaft später verallgemeinernd als „affirmative Politologie“.<sup>5</sup> Ernst Fraenkel entwickelte hier seine Pluralismus-Konzeption, die paradigmatisch für die frühe Politikwissenschaft in Berlin werden sollte.<sup>6</sup> Er zeichnet das positive Bild eines Staates, in dem heterogene Interessengruppen um Macht, aber auch um Ausgleich, ringen. Es gibt dabei keinen vorher feststehenden *volonté générale* – das Gemeinwohl bildet sich im demokratischen Prozess heraus.<sup>7</sup> Fraenkel hält jedoch einen relativ stabilen, nicht-konfliktiven Konsens, vor allem über die Spielregeln des demokratischen Prozesses, für notwendig. Eine besondere Aufmerksamkeit legt Fraenkel, als alter Arbeitsrechtsjurist, auf die Aushandlungsprozesse zwischen Kapital und Arbeit. Was für heutige Ohren sehr banal klingen mag, war damals eine heftige Auseinandersetzung: Der Hauptgegner, gegen den sich Fraenkels Pluralismuskonzeption richtete, war das autoritäre deutsche Staatsrechtsdenken in der Tradition von Carl Schmitt.<sup>8</sup> Dieser strebte eine Einheitlichkeit im Willen in Staat und Bevölkerung an.<sup>9</sup> Dies setzte, vom Staat aus gedacht, eine homogene, also gleiche Interessen verfolgende Bevölkerung voraus. Was Rousseau noch politisch in Kategorien von republikanischem Allgemeinwohl und Dissidenz dachte, spitzte der NS-Jurist völkisch zu – und was in einem solchen Staat mit Nicht-„Artgleichen“ geschah, wusste Ernst Fraenkel als Jude nur zu gut. Personell war das OSI zwar von unterschiedlichen Charakteren geprägt, der Grundtenor in den 1960er Jahren war jedoch linksliberal.<sup>10</sup> Viele Professoren, wie Alexander Schwan, Gert von Eynern, Kurt Sontheimer, Richard Löwenthal, Otto Stammer und mit Abstrichen auch Ernst Fraenkel, standen, mit oder ohne Parteibuch, der SPD nahe oder waren linksliberal eingestellt, wie etwa Gilbert Ziebura. Einige der CDU-nahen Professoren des OSI waren eher dem linkskatholischen Flügel zuzuordnen, wie etwa Otto Heinrich von der Gablentz. Die vielen Lehrenden hier attestierte Nähe zur SPD bedeutete natürlich die Akzeptanz des Godesberger Programms von 1959. Inhaltlich bedeutete dies die Abkehr vom Marxismus als Theorietradition und ein Bekenntnis zur kapitalistischen Produktionsweise mit unterschiedlichen Vorstellungen staatlicher Steuerung. Andere Linksintellektuelle jener Zeit waren hingegen als Mitglieder der „Sozialistischen Förderergesellschaft“ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus der SPD ausgeschlossen worden. Unter ihnen befanden sich zum Beispiel Wolfgang

Abendroth in Marburg, am OSI Ossip K. Flechtheim und sein späterer Assistent Johannes Agnoli.

Sie waren jedoch eher Randfiguren – der linksliberale, über Godesberg nicht hinausreichende Konsens unter den Professoren bedeutete: Als es Mitte der 1960er Jahre, sowohl in Berlin allgemein als auch an der FU im Besonderen, zu rumoren begann, mussten die inhaltlichen Erneuerungsimpulse emanzipatorischen Denkens von den Studierenden, aber auch von den Assistenten kommen.<sup>11</sup> Zunächst jedoch entzündete sich der studentische Unmut an formalen Repressionen der FU Führung.

Als erstes erschütterte der Fall Kuby/Krippendorff die Universität.

Der linksliberale Journalist Erich Kuby hatte 1958 die Namenswahl der Freien Universität kritisiert<sup>12</sup>, woraufhin er Hausverbot erhielt. Im Sommersemester 1965 lud dann der AstA Kuby zu einer Diskussion zum 20. Jahrestag des Kriegsendes ein. Das Thema sollte sein: „Restauration oder Neubeginn, die Bundesrepublik 20 Jahre danach“. Der FU-Rektor Herbert Lüers erinnerte sich des Hausverbots und wollte den AstA zwingen, die Veranstaltung abzusagen. Der jedoch protestierte und verlegte die Veranstaltung an die TU. Im Anschluss an diese Posse kritisierte Ekehart Krippendorff, damals Assistent am OSI, Lüers im Spandauer Volksblatt und warf ihm vor, ebenso eine geplante Veranstaltung mit Karl Jaspers hintertrieben zu haben. Da er dies aber nicht beweisen konnte, reagierte Lüers wütend, verlängerte Krippendorffs Vertrag nicht und setzte ihn somit auf die Straße. Daraufhin gab es eine riesige Solidarisierungswelle mit Krippendorff, von Profs, Assistenten und Studis, auch aus anderen Städten. Letztlich blieb es beim Rauswurf, Krippendorff wurde jedoch ein Stipendium für seine Habilitation zugeschanzt.

Innerhalb der Politikwissenschaft nahm der Konflikt 1967 Fahrt auf.

Die inhaltliche Kritik kam dabei von zwei Seiten:

Auf der einen Seite war die Kritik von Entwicklungen in der US-amerikanischen Politikwissenschaft inspiriert und forderte eine Hinwendung zur Empirie. Exemplarisch vielleicht am besten, wenn auch nicht chronologisch zuerst, ausgedrückt vom Mitbegründer der Wahl-Forschung Rudolf Wildenmann, der die normative Politologie kritisierte und ein Ende des „Philosophenkönigtums“ forderte.<sup>13</sup> In eine ähnliche Richtung ging die Studentin Claudia Pinl in ihrer Fraenkel-Rezension, die aber schon die Brücke schlug zu einer Kritik des konservativen Charakters der Pluralismustheorie.<sup>14</sup> Im Mai 1967 veröffentlichte die vom Allgemeinen Studierendenausschuss herausgegebene Zeitung „FU Spiegel“ eine studentische Rezension zu einem Seminar von Ernst Fraenkel, obwohl dieser mit allen Mitteln versucht hatte, das zu verhindern. Fraenkels Kollege Gilbert Ziebura fasst sie so zusammen: „Sie wiederholte im Grunde nur eine berechnete, auch von mir geteilte Kritik, dass die Pluralismustheorie nicht zur Erklärung gesellschaftlicher Machtverhältnisse taugt, also „auf die Rechtfertigung des Bestehenden“ hinausläuft.“<sup>15</sup>

Ebenfalls im Sommer 1967 erschien dann Johannes Agnolis Schrift „Transformation der Demokratie“<sup>16</sup>, die die Pluralismustheorie von links kritisierte.

<sup>3</sup> Mario Kessler: Ossip K. Flechtheim, Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909–1998), Köln/Weimar/Wien 2007, S. 101f.

<sup>4</sup> Kurt Sontheimer schrieb dazu: „Durch ihre mehr normative und nicht empirisch orientierte Lehre und durch die Interpretation ihrer Forschungsergebnisse von bestimmten Ideen her hat sie zweifellos einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verankerung des bestehenden demokratischen Systems in der Bundesrepublik geleistet. [...] Die rebellierenden Studenten, die glauben, sie müßten die deutsche Gesellschaft revolutionieren, um die wahre Demokratie und das Reich der Freiheit heraufzuführen, sind also gerade nicht das Produkt einer entsprechenden radikal-demokratischen Indoktrination von Seiten ihrer akademischen Lehrer, sondern junge Intellektuelle, die wider den Stachel der herrschenden Lehre locken, nicht zuletzt deshalb, weil sie erkannt haben, daß diese Lehre die Funktion hat, die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren und damit zu stabilisieren.“ Ders.: „Wozu studiert man eigentlich politische Wissenschaft“, in: Die Zeit, 27.02.1970, S. 13f.

<sup>5</sup> Johannes Agnoli: Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in: Ders.: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2012, S. 193–202, hier S. 194f.

<sup>6</sup> Hans Kremendahl würdigte Fraenkels Konzept: „Fraenkels bleibendes Verdienst ist es, unter Aufarbeitung der Erfahrungen des nationalsozialistischen Totalitarismus und der stalinistischen Gewaltherrschaft eine Demokratietheorie entwickelt zu haben, die ihre Ausgangsbasis in der Heterogenität der Gesellschaft sieht, eine künstliche Homogenisierung des Volkswillens verwirft und den Staat als Ort der Austragung und Lösung realer und legitimer Interessenkonflikte begreift. Die pluralistische Konzeption der Demokratie ist bestrebt, namentlich in Deutsch-

land den vorherrschenden Einfluß der autoritären Staatslehre, wie sie vor allem Carl Schmitt entwickelt hat, zu durchbrechen zugunsten einer positiven Bewertung von Interessenvielfalt und Parteienkonkurrenz im Bewußtsein der Bevölkerung.“ Hans Kremendahl: Von der dialektischen Demokratie zum Pluralismus, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.): Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973, S. 381–394, hier S. 381.

<sup>7</sup> Siehe Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 47.

<sup>8</sup> Schmitt wurde wegen seiner Verstrickung in das NS-Regime nach 1945 nicht erneut auf einen Lehrstuhl berufen, versuchte aber mit einigem Erfolg, wieder in die öffentliche Debatte einzugreifen. Einige seiner ebenfalls massiv nationalsozialistisch belasteten Schüler, z. B. Ernst Rudolf Huber und Ernst Forsthoff, konnten schon bald auf ihre Lehrstühle zurückkehren und konterkarierten die Entnazifizierung an den west-deutschen Universitäten.

<sup>9</sup> Sontheimer charakterisierte dies wie folgt: „In ihrer praktischen Anwendung läuft diese anti-pluralistische Staatslehre darauf hinaus, daß der einheitliche politische Wille des Staates sich nicht aus einem Prozeß miteinander konkurrierender politischer und sozialer Gruppen ergeben darf, wenn der Staat als Souverän nicht Schaden nehmen soll, jedenfalls dann nicht, wenn diese Gruppen unterschiedliche Zielvorstellungen über die staatlichen Aufgaben haben. Der für das Ganze verbindliche allgemeine Wille darf sich nur innerhalb des Staatsapparates bilden. Dieser entscheidet autoritativ über das Gemeinwohl.“ Kurt Sontheimer: Der Pluralismus und seine Kritiker, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.): Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg

### Die Transformation der Demokratie<sup>17</sup>

Der Aufsatz „Transformation der Demokratie“ von Johannes Agnoli gilt als Kerntext der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der 1960er Jahre. Er wurde gelegentlich gar als „APO-Bibel“ bezeichnet. Er verdient daher nicht nur nähere Betrachtung, sondern auch eine historische Re-Lektüre. Ausgehend von der Begründung der Politikwissenschaft in West-Berlin und der Situation Mitte der 1960er Jahre am Otto-Suhr-Institut (OSI) in Berlin sollen Entstehungsgeschichte und Grundthesen des Textes erläutert werden. Der ursprünglich vom heute weitgehend unterschätzten Sozialpsychologen Peter Brückner angestoßene Band enthielt zwei Aufsätze – einerseits „Die Transformation der Demokratie“ (TDD) von Agnoli und „Die Transformation des demokratischen Bewußtseins“ von Brückner, Agnolis Beitrag war titelgebend. Die Beiträge sind deutlich voneinander abgegrenzt, im Folgenden geht es also um Agnolis Aufsatz, nicht um den „Sammelband“.

In Köln hatte Professor Ferdinand Hermens Agnoli mit einem Veröffentlichungsverbot<sup>18</sup> belegt, aber schon bald nach seiner Ankunft in Berlin begann Agnoli Arbeiten zu verfassen, zum Teil Vorträge, die als Vorarbeiten gelten können und schon einige der späteren Kernthesen vorwegnahmen.

Dazu gehören: „Parlamentarismo e integrazione nella RFT [M. H.: BRD]“ von 1966, „Der Staat finanziert seine Parteienherrschaft“ von 1963 sowie „Demokratie und neue Obrigkeit“ auch von 1963. Dazu kommen noch umfangreiche, unveröffentlichte, aber inzwischen zugängliche Vorarbeiten zur TDD.<sup>19</sup> Im Februar 1965 reiste Agnoli zusammen mit Winfried Steffani nach Bonn zum Bundestag, um Material für seine Habilitation<sup>20</sup> zu sammeln. Sie interviewten dabei zahlreiche Abgeordnete. Steffani, Assistent bei Fraenkel, wurde später Parteienforscher und Herausgeber der Zeitschrift für Parlamentsfragen. Bei Agnoli war die Sache komplizierter. Mit seinem Material war an eine Habilitation nicht zu denken, da sein Betreuer Flechtheim an der konservativen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angesiedelt war. Stattdessen schrieb er die „Transformation“.

In diesem, für eine „Bibel“ mit 80 Seiten reichlich schmalen Aufsatz, entwickelte Agnoli Grundzüge einer politikwissenschaftlich geprägten<sup>21</sup> Parlamentarismuskritik aus fundamentaldemokratischer Perspektive am Beispiel der Verfasstheit und der Entwicklung<sup>22</sup> der BRD. Er umriss das Grundproblem bürgerlicher Herrschaft: Anders als beim alten Zensuswahlrecht, wo durch nach Steueraufkommen gestaffeltes Stimmrecht gesellschaftliche Macht (der Besitz an Produktionsmitteln) und parlamentarische Mehrheit notwendig zusammenfallen, besteht beim allgemeinen Wahlrecht die theoretische Möglichkeit, dass die Besitzlosen, die natürlich die Mehrheit der Bevölkerung sind, so wählen, dass sich tatsächlich gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern könnten. Das war die alte sozialistische Hoffnung.

Deswegen muss die herrschende Klasse, die potentiell zur Demokratie führenden Institutionen (Wahlen und Parlamente) in einer Art und Weise transformieren, die den grundlegenden Klassenkonflikt einhegt, verdeckt oder ihm autoritär begegnet.<sup>23</sup>

Agnoli identifizierte als zentrale Sozialtechnik das „Programm des sozialen Friedens“. Letztlich geschah hier nichts anderes, als dass das auf Betriebsebene gerade in der BRD schon länger erfolgreiche Befriedungskonzept des Korporatismus<sup>24</sup> zum gesellschaftlichen und staatlichen Leitbild gemacht wurde: Wer den Frieden bricht – und das sind immer diejenigen, die Grundlegendes verändern wollen – ist dabei natürlich immer im Unrecht und wird sanktioniert.<sup>25</sup> Agnoli greift den Pluralismus als Ideologie des sozialen Friedens an – nicht indem er reale Gruppeninteressen leugnet, sondern indem er hervorhebt, dass der Pluralismus der Distributionsebene den Klassenantagonismus an der Basis verdeckt.<sup>26</sup>

Institutionell stehen in Agnolis Analyse das Parlament und die Partei im Mittelpunkt. Er versucht ausführlich zu zeigen, dass das Parlament ein „Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien“ ist, das „statt Tendenzen der Bevölkerung zu vermitteln, Richtlinien der Politik von oben nach unten trägt.“<sup>27</sup> Die Argumentation bei der Parteiform ist ähnlich: Wo Parteien nicht mehr spezifische Wähler\_inneninteressen von unten nach oben tragen, sondern sich – wie die SPD in Godesberg – als „Volksparteien“ aufstellen, die das Gemeinwohl für alle sichern wollen, werden sie zu staatspolitischen Vereinigungen, die das Austragen grundlegender Klassenkonflikte wirksam verhindern. Aus Herrschaftskonflikten werden dann Führungskonflikte.

Agnoli spricht von der „pluralen Fassung der Einheitspartei“.<sup>28</sup>

„Die Transformation der Demokratie“ stellte also einen recht forschen Angriff auf die vermeintlich demokratische Ordnung dar. Agnoli behauptet, die BRD sei ein System, das dazu diene, die Massen von der Macht fernzuhalten. Das Parlament hätte einen Funktionswandel erfahren und die Parteien, allen voran die SPD seien auch Teil des Problems. Die Intention dieser Parlamentarismuskritik sei aber nicht, Demokratie als ohnehin fiktiven Unsinn zu entlarven und abschaffen zu wollen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, sie gegen die Institutionen zu verwirklichen. Von der Politikwissenschaft verlangt er einen anderen Blick auf den Staat.

In den Vorarbeiten zur „Transformation der Demokratie“<sup>29</sup> schreibt er: „Zur deutschen Politologie: Makabre Reaktion, aus dem schlechten Gewissen, angeblich einmal durch Kritik zur Verschlechterung eines Verfassungszustands<sup>30</sup> beigetragen zu haben (eine deutsch-ideologische Überschätzung der Kritik) heute einen schlechten Verfassungszustand zu apologisieren.“

Agnoli wirft seinen Kollegen Sontheimer, Hermens und Wildenmann vor, dass sie letztlich apologetisch dem aktuellen System der BRD gegenüberstehen, da sie Demokratie mit dem Vorhandensein und dem ordnungsgemäßen Funktionieren – d. h. Stabilität erzeugen – der Verfassungsinstitute identifizieren. Agnoli sieht die Gefahr für die Demokratie in Wirklichkeit jedoch erstens in einer Entpolitisierung der Massen und nicht in der Aufwiegelung und zweitens durch eine autoritäre Umgestaltung der Institutionen durch die herrschende Klasse im Staat. Sprich, diejenigen, die



den Staat gegen Verfassungsfeinde verteidigen sollen, sind selbst antidemokratisch und höhlen den demokratischen Charakter der Institutionen aus.<sup>31</sup>

Es wundert wenig, dass die Reaktionen auf das Buch gemischt waren.

### Reaktionen auf „Die Transformation der Demokratie“

In der liberalen und konservativen Politikwissenschaft werden Agnolis Thesen zurückgewiesen, die in der Politikwissenschaft einflussreiche „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ wurde als explizite Reaktion gegründet.<sup>32</sup> Auf studentischer Seite zeigten sich die Konfliktlinien, an der Auseinandersetzung um den „Politologen“, die damalige Studienzeitschrift am Otto-Suhr-Institut. Die zunehmende Linkswende der Studierendenschaft zeigte sich am Übernahmeveruch der Zeitschrift, gegen den sich die konservativeren Altstudies zu wehren versuchten. Der Streit führte letztlich zur Gründung der Zeitschrift Sozialistische Politik (SoPo) aus der wiederum kurz später die auch heute noch existierende PROKLA hervorging.

Linkere Politikwissenschaftler stellten im Nachhinein fest, „dass „Die Transformation der Demokratie“ nicht nur für Parlamentarismuskritik steht, sondern ganz allgemein für einen politikwissenschaftlichen Ansatz, der theoretisch angeleitet sowohl den Staat als Machteinrichtung und Herrschaftsorganisation, wie auch alle Herrschaftsverhältnisse, -vorgänge und -gebilde untersucht, und zwar unter Maßgabe der kapitalistischen Verfasstheit der Gesellschaft. Dabei handelt es sich gewiss nicht um den einzig möglichen, aber doch um einen nicht nur legitimen, sondern unverzichtbaren wissenschaftlichen Zugang zur Deutung der politischen Wirklichkeit.“<sup>33</sup>

Vor allem aber gewann die „Transformation“ Popularität<sup>34</sup> innerhalb der aufkommenden außerparlamentarischen Bewegung. Sie gab der von vielen beklagten Abwesenheit einer Repräsentation linker Politik in Zeiten der Großen Koalition aus CDU und SPD ab 1966 eine theoretische Begründung. Sie wurde ebenso zur Rechtfertigung für optimistischen außerparlamentarischen Aktivismus, auch wenn Agnoli selbst die Studierendebewegung nie überschätzt hat. Für ihn blieb der Maßstab des politischen Kampfes das Proletariat. Auch gab die „Transformation“ ähnlich wie die in der Studierendebewegung viel rezipierte Kritische Theorie keinerlei positive Handlungsanleitung, auch wenn Agnoli sich durchaus für politische Organisation aussprach. Der „Zauber der Theorie“ war in diesem Fall Antimagie: Für einen kurzen Zeitraum „immunisierte“ die „Transformation der Demokratie“ in Agnolis Wirkungsbereich, vor allem in Berlin und dort vor allem im Umkreis des Republikanischen Clubs, die Aktivist\_innen vor allzu vorschneller Kanalisierung des Aufbegehrens in eine Parteiform.<sup>35</sup> Als es dann soweit war, bestätigte die hurtige Staatswerdung der Grünen Agnolis Theorie schneller, als es vielen lieb war.

Bezüglich der Pluralismuskritik hat Ernst Fraenkel 1969 bemerkenswertes geschrieben, wenngleich nicht als direkte Antwort: „Der Pluralismus ist die Staats-theorie des Reformismus. Er lehnt implicit die These ab, daß der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, dessen Existenz er nicht in Zweifel zieht, mit ge-

schichtlicher Notwendigkeit dazu führen muß, daß er in der klassenlosen Gesellschaft »aufgehoben« wird. Der Pluralismus erblickt in diesem Antagonismus vielmehr eine besonders markante und politisch überragend bedeutsame Erscheinungsform einer die gesamte industrielle Massengesellschaft durchziehenden Kette von Interessengegensätzen, die nur dann nicht zur Desintegration von Staat und Gesellschaft zu führen geeignet sind, wenn den Verbänden nicht verwehrt ist, sie offen auszutragen, und dem Staat die Möglichkeit gewährt ist, bei ihrer – sei es kurzfristigen, sei es langfristigen, sei es kontinuierlichen – Schlichtung mitzuwirken.“<sup>36</sup>

Wenn wir nun berücksichtigen, dass auch für Agnoli die klassenlose Gesellschaft keine geschichtliche Notwendigkeit, allerdings aber ein erstrebenswerter Zustand war, wird deutlich, wie nahe sich die beiden Analysen doch sind. Nur dass Fraenkel die „Interessengegensätze von Kapital und Arbeit“ explizit staatlich-korporatistisch einhegen will, um die Desintegration zu verhindern, während Agnoli die Desintegration herbeiführen will, um zu einer wahrhaft demokratischen und klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

Hier kann gar nicht genug betont werden, dass dieser sich nach Stabilität sehrende Nachkriegsimpuls der remigrierten jüdischen Intellektuellen (auch bei Max Horkheimer in Frankfurt finden wir ähnliches) nicht moralisch zu verurteilen ist. Wer gerade den Faschismus knapp überlebt hat, braucht sicherlich keine Massen in Bewegung und schon gar nicht die deutschen. Auch die Frage, wie man eine radikaldemokratische, das heißt kommunistische Gesellschaft aufbauen kann, stellt sich so nicht, wenn man hauptsächlich von Nazi-TäterInnen umgeben ist. Dass sie dabei von ihren früheren Einsichten, nämlich dass der Faschismus durchaus etwas mit Kapitalismus zu tun hat<sup>37</sup> nichts mehr wissen wollten, konnte eine jüngere Generation, die gerade eine autoritäre Wende, eine Restauration am Werk sah, aber nicht verstehen und musste aufbegehren.

Auch heute ist dieser Konflikt für Linke hochaktuell. In einer Zeit, in der der bürgerliche Staat von neofaschistischen Kräften unter Druck gesetzt wird, gilt es wieder abzuwägen. Verfällt man erneut in die affirmative Politologie, die sich darin erschöpft, zu wiederholen, dass Demokratie toll ist? Oder schafft man es, den Korporatismus der neoliberalen Einheitspartei von CSU bis zum regierungswilligen Flügel der Linkspartei aufzubrechen, und die soziale Frage – und die ist immer international! – so zu stellen, dass die demokratische Idee sich auch wieder mit Inhalt füllt?

1973, S. 425–443, hier S. 429.

<sup>10</sup> Kritische Stimmen aus der Frühzeit hatten Berlin bereits verlassen, z. B. Arkadij Gurland. Siehe Kessler, Flechtheim, S. 102.

<sup>11</sup> Am OSI traf die männliche Form leider zu. Neben Agnoli ist sicherlich Ekkehart Krippendorff beispielhaft zu nennen, der nicht nur von Fraenkel als Assistent hinausgeworfen wurde, weil er dessen patriarchalen Führungsstil (inkl. das Nachhausetragen der Einkäufe von Fraenkels Frau) ablehnte, sondern auch ein zweites Mal als Assistent von der FU flog. Diesmal auf direktes Eingreifen des Rektors Herbert Lüers, da er einen Artikel über die Ausladung von Karl Jaspers veröffentlicht hatte, was für ziemlichen Aufruhr an der FU sorgte. Siehe Ekkehart Krippendorff: Lebensfäden, Heidelberg 2002, S. 149ff. Aber auch die wichtigen SDSler Klaus Meschkat am Osteuropa-Institut und Rudi Dutschke als Hilfsassistent in der Soziologie gehörten dazu.

<sup>12</sup> Er sagte: „Die Bezeichnung „Freie Universität“ bringe „ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck. Nur jene polemische Grundsituation vermag zu verbergen, daß in dem Worte ‚Freie Universität‘ eine innere antithetische Bindung an die andere, an die unfreie Universität jenseits des Brandenburger Tores fixiert ist... die für meinen Begriff mit den wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgaben einer Universität schlechthin unvereinbar ist.“ Zitiert aus: Die Zeit, Nr. 21, 1965, <https://www.zeit.de/1965/21/wie-frei-ist-die-freie-universitaet>.

<sup>13</sup> Vgl Rudolf Wildenmann: Politologie in Deutschland, in Der Politologe Nr. 23, Berlin 1967.

<sup>14</sup> Zur berühmten Rezension des Fraenkel-Seminars und den anschließenden Studiprotessen siehe auch das Interview mit Claudia Pinl in diesem Band.

<sup>15</sup> Gilbert Ziebura: Kritik der Realpolitik, Berlin 2009, S. 179.

<sup>16</sup> Siehe Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: Ders./Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

<sup>17</sup> Ausführlicher zur Transformation der Demokratie vgl. Michael Hewener: Die Theorie der APO: Johannes Agnolis Transformation der Demokratie, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Berlin 2018 II, S. 39–53. Wenn man über Agnoli schreibt, ist es redlich, darauf hinzuweisen, dass dieser vor seiner Linkswende in seiner Jugend Mitglied der faschistischen Nachwuchsorganisation Italiens und später Wehrmachtssoldat war. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesem Komplex ist an dieser Stelle jedoch nicht möglich. Auf sein Werk bezogen, findet sich eine Diskussion im oben genannten Aufsatz. Eine weitere Veröffentlichung von mir dazu ist in Arbeit.

<sup>18</sup> Siehe Barbara Görres Agnoli: Johannes Agnoli. Eine Biografische Skizze, Hamburg 2004, S. 48.

<sup>19</sup> Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, International Institute for Social History/Amsterdam (IISH), Agnoli Papers, Mappe 930. Da meine Sichtung von Agnolis Nachlass vor der Erschließung stattfand, können sich Verschiebungen in der Zuordnung von Dokumenten zu den jeweiligen Mappen ergeben.

<sup>20</sup> Die Habilitation wurde nie fertiggestellt. Die Ernennung zum Professor geschah aufgrund einer „Sammelhabilitation“.

<sup>21</sup> Ihm ist wichtig, dass „eine politologische Theorie etwas anderes als eine gesamtgesellschaftliche ist, aber schlüssig nur als Teil der letzteren.“ Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 930: Die Einordnung der Teiltheorie versucht Agnoli ein paar Jahre später mit dem Aufsatz „Der Staat des Kapitals“, in dem er u. a. foranalytisch das Verhältnis von Kapitalismus und staatlicher Autonomie bearbeitet.

<sup>22</sup> Die Frage, ob es um grundsätzliche Mechanismen des bürgerlichen Staates oder um aktuelle Entwicklungen geht, ist in dem Aufsatz unscharf. Einerseits beschreibt er grundsätzliche Bedingungen, andererseits beschreibt er aktuelle autoritäre Tendenzen.

<sup>23</sup> Die autoritäre Wende nennt Agnoli „Involution“. Beispiele hierfür wären das KPD-Verbot oder, aktueller in den 1960ern, die Notstandsgesetze.

<sup>24</sup> Exemplarisch und 1967 aktuell die „konzertierte Aktion“.

<sup>25</sup> „Wer will schon gegen den Frieden sein?“ Agnoli, Transformation, S. 21.

<sup>26</sup> Er spricht von einer verdoppelten Wirklichkeit, siehe Ebenda, S. 23f. Agnoli löst an dieser Stelle aber das Problem der Unterscheidung von Klasse und Gruppe nicht wirklich. Dies ergibt sich in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus zwangsläufig, da dieser Gruppeninteressen als Ausgangspunkt nimmt, während die sich artikulierende Klasse nicht immer ein guter Angelpunkt ist, um kapitalistische Dynamik in den Blick zu bekommen. Denn Klasse funktioniert als Herrschaftsverhältnis grundlegend anders als z. B. Gender oder Race. Während bei diesen eine herrschaftsinteressierte anrufende Identitätskonstituierung notwendig ist, um das Herrschaftsverhältnis erst herzustellen, ergeben sich Klassen scheinbar naturwüchsig aus ökonomischen Verhältnissen und das Herrschaftsinteresse ist es eher, das Vorhandensein von Klassen zu leugnen.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>28</sup> Die letzten drei Wahlkämpfe und die großen Koalitionen 2005–2009 und 2013–2017 bestätigen diese These. Problematisch für ein solches, angeblich stabiles System wird es aber, wenn die staatstragende Ähnlichkeit von Parteien und KandidatInnen soweit geht, dass die Integrationskraft der interessensgebundenen Parteien schwindet. Die Dynamik im aktuellen Parteiensystem, sprich der Aufstieg der AfD, kommt unter anderem daher. In den 1960ern wollten die CDU und Teile der SPD (z. B. die Politologen Wilhelm Hen-

nis und Carlo Schmid) das Problem lösen, indem sie die Einführung des Mehrheitswahlrechtes nach britischem Muster forderten, bei dem jeweils nur der oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen ein Direktmandat erhält.

<sup>29</sup> Später ähnlich veröffentlicht, siehe Johannes Agnoli: Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik, in: Ders.: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998 S. 61–66, hier S. 62f.

<sup>30</sup> Es geht um die Weimarer Republik und ihr bekanntes Ende, personell gemeint ist hier insbesondere Ernst Fraenkel, „in geringerem Maße“ auch Richard Löwenthal.

<sup>31</sup> Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 930 K 20 D30, S. 34, eine Tendenz, die der extremismustheoretisch verblödete, rechtskonservativ unterwanderte Verfassungsschutz fortwährend bestätigt.

<sup>32</sup> Eine explizite Gründung gegen die außerparlamentarische Stoßrichtung. Siehe Uwe Thaysen/Jürgen W. Falter: Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der „Parlamentsverdrossenheit“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 2007, H. 2, S. 401–413, hier S. 413.

<sup>33</sup> Wolf-Dieter Narr/Richard Stöss: Johannes Agnolis „Transformation der Demokratie“. Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Politikanalyse, in: ZParl, 2007, H. 4, 828–841, hier S. 832.

<sup>34</sup> Unter anderem durch eine begeisterte Rezension von Sebastian Haffner in der Zeitschrift „Konkret“ im März 1968 und eine ebenso begeisterte von Dieter Senghaas in der Zeit im Mai 1968. Eine ausführliche Sammlung von Rezensionen befindet sich in: Johannes Agnoli: Entwürfe und Materialien, IISH, Agnoli Papers, Mappe 990.

<sup>35</sup> Siehe Michael Hewener: Die Westberliner Neue Linke und die Stasi – der Kampf um den „Republikanischen Club“, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte (ABG), 2017, H. 1, S. 22–44.

<sup>36</sup> Ernst Fraenkel: Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 1969, H. 49, S. 3–27, hier S. 23.

<sup>37</sup> Max Horkheimer „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ – Die Juden und Europa. In: Studies in Philosophy and Social Science, Band 8. The Institute of social research, New York 1939, S. 115. Ernst Fraenkel: „Klassenkampf ist das bewußte Streben nach Gerechtigkeit, Verzicht auf den Klassenkampf die bewußte oder unbewußte Mitwirkung an der Stabilisierung des Unrechts“ Zur Soziologie der Klassenjustiz, Berlin 1927, S. 44.